

machen, als er ohnehin schon ist" (20. November).

Der Forderung der Gewerkschaften nach symmetrischer Verteilung des Wohlstandes begegnet „Bild“ mit der Frage: „Was soll das? Was soll dieser verstaubte Klassenkampf?“ Und dann:

Ja, wenn wir diese Gewinne nicht hätten, wer sollte dann die Milliarden für die lebensnotwendigen neuen Entwicklungen und neuen Maschinen bezahlen? ... Und trotzdem faseln die Gewerkschaften von „überdurchschnittlichen Gewinnen“ ... Wer heute gegen den Gewinn polemisiert, tritt dem Fortschritt von morgen in die Kniekehlen.

Arbeitnehmerforderungen werden als Anschlag auf die Stabilität denunziert, Arbeitgeberforderungen hingegen als lebenswichtiges Element eben dieser Stabilität gepriesen. SPD-Politiker „quatschen“, „faseln“, „schillern“; Gewerkschaftler gefährden die Zukunft Deutschlands.

Der frechforsche Ton wechselt abrupt in fast devote Lagen, wenn Arbeitgeber-Interessen auf dem Spiel stehen:

- ▷ „Unsere Industrie, unsere Wirtschaft, unsere Banken, unsere Sparkassen brauchen Vertrauen.“
- ▷ „Deutschlands Unternehmen haben Probleme.“
- ▷ „Die zu hohe Aufwertung und die umfangreichen Lohnerhöhungen sind eine zu große Last für die deutsche Industrie.“

Oder anders: Was gut für die Industrie ist, ist auch gut für Springer. Und was Springer für gut hält, hat auch gut zu sein für die Bundesrepublik.

SPRINGER-FERNSEHEN

Ziel nahe

Zu Silvester deutete Axel Springer die Zukunft des eigenen Konzerns. Was ins Haus stand, ließ er in den neun Blättern seines Imperiums verkünden: Der zu einer Aktiengesellschaft gestraffte Ein-Mann-Konzern,

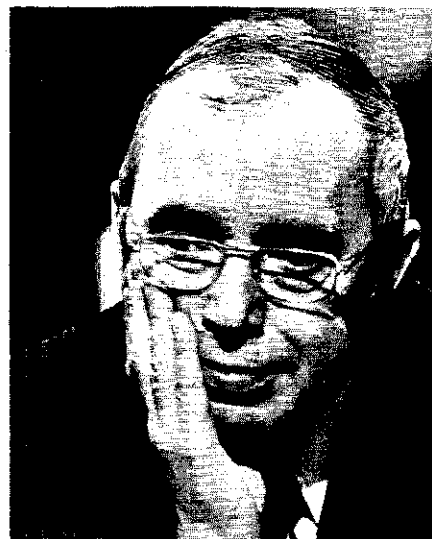
bislang nur im Presse- und Buchgeschäft stark, wolle sich künftig „neuen großen Aufgaben“ widmen, „insbesondere auf dem Gebiet der audiovisuellen Kommunikationsmittel“.

Die audiovisuelle Zukunft — „Fernsehen und Kassettenfernsehen“ („Bild“) — könnte, wenn es nach Springer ginge, in dieser Woche beginnen: mit der Entscheidung darüber, ob die Springer-AG mit 45 Prozent an einer kommerziellen Enkeltochter des Norddeutschen Rundfunks (NDR) beteiligt wird — an der „Studio Hamburg Atelierbetriebsgesellschaft mbH“.

In monatelanger Geheimarbeit hat eine Stabsabteilung des Springer-Managements die Verflechtung des privat-kapitalistischen Zeitungskonzerns mit der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt vorbereitet. Das Geschäft — von NDR-Intendant Gerhard Schröder (SPD) mit Billigung der Aufsichtsgremien und unter Tolerierung durch den Hamburger Bürgermeister Herbert Weichmann (SPD) ausgehandelt — wäre perfekt, wenn der Aufsichtsrat der „Norddeutschen Werbefernsehen GmbH“ (NWF), einer NDR-Tochter, zustimmt. Der Proporz im NWF-Aufsichtsrat: sechs SPD-Stimmen, fünf CDU-Stimmen.

Um „eine pikante Konstellation“ wählte denn auch die „Zeit“ mit einem Male die bundesdeutsche Fernsehlandschaft bereichert: „Eine öffentlich-rechtliche Rundfunk- und Fernsehanstalt wird in Zukunft eine ihrer Produktionsstätten mit jenem Verleger betreiben, der nicht müde geworden ist, die öffentlich-rechtliche Konstruktion von Rundfunk und Fernsehen zu schmähen.“ Und: „Schützenhilfe leisteten der Norddeutsche Rundfunk und sein Intendant Gerhard Schröder.“

Eine pikante Konstellation auch deshalb, weil das Geschäft eingefädelt wurde, während Springer-Zeitungen Tag für Tag die SPD/FDP-Regierung in Bonn bekämpften. So wirkte der SPIEGEL-Bericht über die Details der



NDR-Intendant Schröder
„Der Weg ist geöffnet“

Hamburger Transaktion in der letzten Woche in der Bonner SPD-Baracke wie ein von Genossen gefertigter Sprengsatz. Keiner der führenden Sozialdemokraten hatte im Detail Bescheid gewußt. Kanzler Willy Brandt: „Ich war leider sehr mangelhaft informiert.“

Gleich am Anfang der letzten Woche wurden die verantwortlichen Hamburger Genossen, darunter NDR-Intendant Schröder, zum SPD-Vorstand nach Bonn zitiert. Für Dienstag dieser Woche stellte die SPD eine Resolution der Bundestagsfraktion zum Fall Springer in Aussicht, die zugleich die Hamburger NDR-Leute an die kurze Leine nehmen soll.

Am Freitagabend bat das Bonner SPD-Präsidium die SPD-Hanseaten, „nicht unter Zeitdruck“ über die Springer-Beteiligung zu entscheiden, sondern sie „noch einmal gründlich“ zu prüfen. Das Präsidium fand, daß „auf lange Sicht durch Beteiligung Springers eine Gefährdung des öffentlich-rechtlichen Systems unserer Rundfunkanstalten nicht völlig auszuschließen“ sei.

Und nicht nur in Bonn begann das große Erwachen. Die SPD-Bürgerchaftsfraktion in Bremen forderte alle Sozialdemokraten in den Beschlußgremien von Radio Bremen, dem Norddeutschen Rundfunk und dem Norddeutschen Werbefernsehen auf, die Beteiligung Springers am „Studio Hamburg“ zu verhindern.

Richard Boljahn (SPD), Bremer Rundfunkrat und NWF-Aufsichtsrat, zum Ratsvorsitzenden und Parteigenossen Wilhelm Käber (Kiel): „Schröder hat den Weg geöffnet, den Springer und andere Zeitungsverleger zum privaten Fernsehen gesucht, aber nicht gefunden haben. Die vorgegebene wirtschaftliche Betätigung verkleistert nur das wahre Ziel Springers — und dieses Ziel ist politisch.“

In Hamburg fand der SPD-Landesvorsitzende Paul Nevermann am Vor-



Studio-Hamburg-Ateliers: „Das Ziel ist politisch“

abend des sozialdemokratischen Landesparteitags: „Das ist eine böse Kunde.“ Der Redakteurausschuß des Norddeutschen Rundfunks, die gewählte Vertretung der journalistischen Mitarbeiter des NDR, lehnte in einer am Freitag letzter Woche gefaßten Resolution „aus politischen Gründen eine Beteiligung der Axel Springer AG an der Studio Hamburg Atelierbetriebsgesellschaft ab“. Eine solche Zusammenarbeit mache das „öffentlich-rechtliche System der Rundfunkanstalten unglaublich und erhöhe die Gefahr der Pressekonzentration“.

Und in den ARD-Anstalten zwischen Bremen und München, deren Intendanten sich am Mittwoch und Donnerstag dieser Woche in Hamburg treffen, wurde die Wandsbeker Botschaft so interpretiert: „Eine lokalpatriotische Orgie der kommerziellen Betrachtungsweise, die den Hanseaten an der Elbe eigen ist.“

Das Vorspiel zur elbischen Orgie glich streckenweise mehr einer Vergewaltigung. Springers „Hamburger Abendblatt“ erzeugte mit einer Serie über „Das große Imperium des Gyula Trebitsch“ im September vorletzten Jahres erst einmal das rechte Klima für die Verhandlungen über das „Studio Hamburg“, das zu 80 Prozent der NDR-Tochter „Norddeutsches Werbefernsehen GmbH“ und zu 20 Prozent dem Film- und Fernsehkaufmann Gyula Trebitsch gehört.

Genau ein Jahr nachdem das „Abendblatt“ das „Hollywood in Hamburg“ hochgejubelt hatte, liefen in Hamburg Gespräche darüber an, wie Springer am Wandsbeker „Hauch von Sünde“ („Abendblatt“) teilhaben könne. Die Gesprächspartner: Axel Springer und Hamburgs Bürgermeister Herbert Weichmann, 73, Springers Generalbevollmächtigter Christian Kracht, 48, und der Kaufmann Trebitsch, 55, mit dem Intendanten



Schulz

Paulmann

Käber

Aufsichtsräte des Norddeutschen

Schröder, 48, sowie dessen Stellvertreter Ludwig Freiherr von Hammerstein-Equord, 50.

Springer machte deutlich, er werde im nahen Ahrensburg (Schleswig-Holstein), wo schon seine Druckerei steht, eine eigene Fernsehproduktion aufbauen, falls er nicht an „Studio Hamburg“ beteiligt würde. Von seinem Entree ins Studio wiederum konnte sich der Verleger zweierlei versprechen: Es würde ihn billiger als Bau und Einrichtung eigener Ateliers kommen und ihn „über die Enkelin zur Großmutter“ (NDR-Slogan) bringen — ins laufende Programm des Hamburger NDR.

Gewiß, die Produkte aus den Wandsbeker Ateliers abzunehmen, ist der NDR nicht verpflichtet. Aber „Bild“ sagte letzten Mittwoch, wie es ist und bleiben soll: „Käufer sind die öffentlich-rechtlichen Anstalten oder in der Zukunft der Zuschauer, der ein Kassettengerät besitzt.“

Springers Wink, daß er ja auch in Ahrensburg ein Konkurrenzunternehmen zur NDR-Enkelin „Studio Hamburg“ aufziehen könne, wirkte auf die NDR-Gremien offenbar wie eine Pression. Dr. Bernhard Hansen (SPD), Mitglied des NDR-Rundfunk- und des NWF-Aufsichtsrates: „Hier zeigt sich die Macht dessen, der Geld hat. Wir stehen unter ökonomischem Zwang. Springer könnte uns aus dem Studio Hamburg alle Leute wegengagieren und Ahrensburg gegen uns ausspielen.“

Hansens Zwangs-Vorstellungen kehrten denn auch wieder bei den Rechtfertigungsversuchen, welche letzte Woche nach Bonn beorderte NDR-Funktionäre vor den SPD-Gremien anstellten. Der Vorsitzende des NDR-Verwaltungsrats und SPD-Bundestagsabgeordnete Meinecke erläuterte die angebaute Springer-Kooperation vor seiner Fraktion mit rein geschäftlichen Argumenten.

Die Fraktion entrüstete sich über den politischen Unverstand Meineckes und anderer Hamburger NDR-Genossen. Angesichts des unerwarteten Widerstandes lenkte der Abgeordnete rasch ein: Wenn die Fraktion — bei ihrer nächsten Sitzung am Dienstag dieser Woche — zu der Auffassung komme, das Geschäft sei politisch unerwünscht, so könne er ja im NDR-Verwaltungsrat für ein Veto gegen die Transaktion eintreten.

Und wie seine Räte, versuchte auch Intendant Schröder den politischen Widerstand in der Baracke zu ent-

GESCHAFT HINTER DER MATTSCHIEBE

Verflechtungen und Beteiligungen des Norddeutschen Rundfunks

DER RUNDFUNKRAT

besteht aus 24 Mitgliedern, die von den am NDR beteiligten Bundesländern delegiert werden. Er erläßt die Satzung, genehmigt den NDR-Wirtschaftsplan und bestatigt die Wahl des Intendanten.

Vorsitzender: Arnold Fratzscher

Stellvertreter: Wilhelm Käber · Dr. Bernhard Hansen · Mitglieder: Hermann Ludwig · Hermann Grote · Erich Konrad · Heinz Müller · Dr. Günther Rabus · Prof. Dr. Erich Riebart · Hermann Schierig · Cornelius Schmidt · Werner Schönfelder · Karl Schrader · Heinz Adler · Ludwig Claussen · Walter Mentzel · Wolfgang Neveling · Franz Osterroth · Reinhard Philipp · Karl Vittinghoff · Wilhelm Walter · Dr. Wilhelm Witten · Walter Schmidt · Dr. Hans-Otto Wölber

Die durch fette Schrift hervorgehobenen Mitglieder sind zugleich im Aufsichtsrat der Norddeutschen Werbefernsehen GmbH

DER VERWALTUNGSRAT

besteht aus acht vom Rundfunkrat gewählten Mitgliedern, die den Intendanten und seinen Stellvertreter wählen. Er überwacht die Geschäftsführung des Intendanten.

Vorsitzender: Dr. Rolf Meinecke

Stellvertreter: Willy Weber · Mitglieder: Richard Langeheine · Martin Neuffer · Dr. Hans Schmidt · Albert Schulz · Dr. Kurt Sieveking · Rudolf Titzek

Die durch fette Schrift hervorgehobenen Mitglieder sind zugleich im Aufsichtsrat der Norddeutschen Werbefernsehen GmbH

JUSTITIAR

Joachim Freis

INTENDANT

Gerhard Schröder

FINANZ- UND WIRTSCHAFTSDIREKTOR

Gerhard Schulz

NORDDEUTSCHES WERBEFERNSEHEN GmbH

AUFSICHTSRAT

Wilhelm Käber · Dr. Kurt Sieveking · Richard Boljeahn (Rundfunkrat Bremen) · Dr. Bernhard Hansen · Richard Langeheine · Walter Mentzel · Heinz Müller · Christian Paulmann (Verwaltungsrat Bremen) · Martin Neuffer · Albert Schulz · Dr. Wilhelm Witten

Geschäftsführer: Gerhard Schulz (NDR-Finanz- und Wirtschaftsdirektor) und Claus Janus

Gesellschafter: NDR mit 92,6 Prozent, Radio Bremen mit 7,4 Prozent

Gyula Trebitsch
Filmkaufmann

POLYPHON FILM- UND FERNSEH-GESELLSCHAFT mbH

Geschäftsführer: Gyula Trebitsch
Coen Sollefeld
Mitglied des Aufsichtsrats: NDR-Intendant Gerhard Schröder
Gesellschafter: Studio Hamburg mit 40 Prozent, Deutsche Grammophon mit 50 Prozent, Gyula Trebitsch mit 10 Prozent

STUDIO HAMBURG ATELIERBETRIEBSGESELLSCHAFT mbH

Geschäftsführer Gyula Trebitsch
Joachim Freis (NDR-Justitiar)
Claus Kühn
Gesellschafter: Norddeutsches Werbefernsehen GmbH mit 80 Prozent, Gyula Trebitsch mit 20 Prozent

POLYTEL INTERNATIONAL FILM- UND FERNSEHGESELLSCHAFT mbH

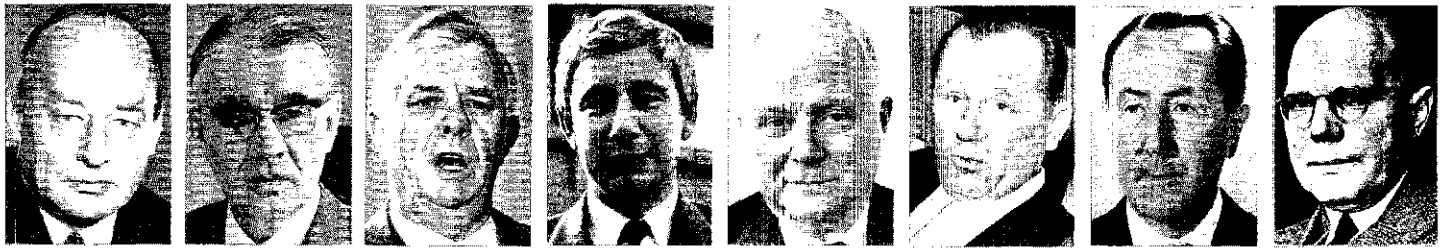
Geschäftsführer: Gyula Trebitsch
Dr. Eckart Haas
Tony van der Haar
Gesellschafter: Studio Hamburg mit 20 Prozent, Polytel N.V. Amsterdam mit 80 Prozent

FERNSEH-ALLIANZ GmbH

STUDIO HAMBURG FILMPRODUKTION GmbH

*Gesellschafter: Philips und Siemens

DER SPIEGEL



Witten

Langeheine

Boljahn

Neuffer

Sieveking

Müller

Mentzel

Hansen

Werbefernsehen: „Lokalpatriotische Orgie der kommerziellen Betrachtungsweise“

kräften. Gegen den Vorwurf, hinter dem Rücken der Bonner SPD-Zentrale dem SPD-Gegner Springer die Hintertür zum Fernsehen geöffnet zu haben, wehrte er sich mit dem Hinweis, er habe schon im Dezember den Kanzler über seine Verhandlungen mit Springer unterrichten wollen, Brandt habe aber keine Zeit gefunden. Daraufhin habe er andere SPD-Chargen, so auch den Hamburger Helmut Schmidt, informiert, der bis zur Ministerbestellung im Aufsichtsrat der NDR-Urenkelin „Polyphon“ saß.

Vor dem rundfunkpolitischen Ausschuss der SPD ließ auch Schröder wissen: Axel Springer habe gedroht, eigene Ateliers im schleswig-holsteinischen Ahrensburg zu bauen oder sich in Unterföhring bei München mit Studios anzusiedeln; der Hamburger SPD-Bürgermeister Herbert Weichmann habe das Springergeschäft gebilligt; der Zeitschriften-Konzern Gruner + Jahr habe sich am „Studio Hamburg“ nicht beteiligen wollen, weil dafür nicht genügend Geld auf der hohen Kante liege.

Gerade im letzten Schröder-Argument sahen die Bonner SPD-Leute einen Hebel, die Hamburger Kumpagnei unter Umständen wieder auseinanderzubrechen. Denn in einem Leserbrief in Springers „Welt“ hatte der Gruner + Jahr-Teilhaber Gerd Bucerius, Verleger von „Zeit“ und „Stern“, geschrieben, daß es — anders als die Schröder-Version — die NDR-Leute abgelehnt hätten, außer mit Springer auch noch mit anderen Interessenten über eine Beteiligung an den Wandsbeker Ateliers zu sprechen.

Das war sogar dem Verwaltungsratschherrn Meinecke neu. „So exakt, wie es in den Zeitungen steht“, erklärte er seinen Fraktionskollegen in Bonn, habe er es „erst dort erfahren“.

Unter dem Eindruck der wachsenden SPD-Opposition gegen Springer, die das Votum im NDR-Verwaltungsrat gefährden konnte, sah Hamburgs CDU-Bürgermeister a.D. Kurt Sieveking Gefahr im Verzug. Sieveking, Doppelmandatsträger im Verwaltungsrat des NDR und im Aufsichtsrat des NWF, ersuchte seine Freunde dringend, sich zur Aufsichtsratssitzung am 30. Januar einzufinden.

Das NDR-Verwaltungsratsmitglied Albert Schulz (SPD) sah am Freitag letzter Woche kaum noch eine Möglichkeit, das Geschäft mit Springer zu verhindern: „Ich habe dagegen gestimmt, und ich werde überall dagegen

stimmen, wo noch abzustimmen ist. Aber ich gebe mich keinen Illusionen über die Wirkung hin.“ Im Aufsichtsrat des Werbefernsehens, wo er wiederum „nein“ sagen werde, würde „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit“ von der Mehrheit dafür entschieden.

Immerhin teilte der Vorsitzende des NDR-Verwaltungsrates am Abend des Freitags mit, er wolle den Vorsitzenden des NWF-Aufsichtsrates bitten, die Verhandlungen über Studio Hamburg zu überprüfen und auszusetzen mit dem Ziel: „Anteile müssen auch anderen Interessenten angeboten werden.“

Ohne SPD-Stimmen in den nach dem Parteienproporz besetzten NDR-Gremien kann die Liaison mit Springer nicht zustande kommen. Doch manche der SPD-Hanseaten denken vorwiegend kaufmännisch — so der NDR-Rat Hansen: „Bevor wir 30 Millionen Mark in den Sand setzen, müssen wir uns auch von der Baracke absetzen.“

Daß Springer für die NDR-Spitze allemal passabel ist, beweist Intendant Schröder, der sich seit zwei Jahren bemüht, das „Reizwort“ Springer im NDR-Programm zu entschärfen. Sein Vize Ludwig Freiherr von Hammerstein-Equord (CDU) erklärte am Freitag letzter Woche vor den versammelten NDR-Redakteuren: „Wir können nicht danach gehen, ob uns die politische Nase des Käufers paßt.“

Von Hammerstein argumentierte, der Vertrag mit Springer sei zugleich eine Möglichkeit, eine „Großmacht zu

neutralisieren und vom Privattfernsehen abzuhalten“. In der Tat, ein wesentliches Dokument für die gesellschaftspolitische Argumentation lieferte dem NDR-Intendanten am Mittwoch letzter Woche Springers Generalbevollmächtigter Christian Kracht:

Sehr verehrter Herr Schröder, ich darf Ihnen noch einmal meine mündliche Aussage bestätigen, daß die Axel Springer AG keine Initiative ergreifen wird zur Einführung eines privaten Fernsehens in Deutschland. Ich gebe diese Erklärung ab in Übereinstimmung mit dem Alleinaktionär der Axel Springer AG, Herrn Axel Springer, und in dessen Generalvollmacht.

Mit besten Empfehlungen
Ihr Christian Kracht

Freilich, dieser Gnaden-Akt besagt nicht mehr, als daß Verleger Axel Springer erkannt hat, daß für ein Privattfernsehen in direkter Konkurrenz zu den öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten zu kämpfen zur Zeit nicht verlohnt — wegen des politischen Zündstoffs und wegen der finanziellen Dimensionen.

Er läßt die Losung „Kassettenfernsehen“ ausgeben: jene Form des Fernsehens, das finanziell enorm gewinnträchtig zu werden verspricht, das unbeschränkt ausbaufähig und universell einsetzbar ist und zudem nicht den staatlichen Lizenzzwängen unterläge — die Bildkonserve, die sich jeder TV-Besitzer hinter die Röhre stecken kann, so wie man eine Schallplatte auf den Teller legt.

„Gewiß, Axel Springer kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit seiner Neuerwerbung keinen Einfluß auf die Programmgestaltung des Norddeut-



TV-Kassetten-Vorführung (in England): „Medium von morgen“

schen Rundfunks oder einer anderen Fernsehanstalt nehmen“, schrieb letzte Woche die „Zeit“. „Zunächst sieht es auch so aus, als wolle er sich lediglich eine Produktionsstätte für das geplante ‚Kassetten-Fernsehen‘ schaffen ... doch bleibt es dabei?“

Immerhin könnte mit der Hamburger Kooperation, käme sie zustande, der Verfall einer Ordnung beginnen, die ein Vierteljahrhundert lang kapitalistische Auswüchse im Pressewesen der Bonner Republik gemildert, wenn nicht verhindert hat. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde ein öffentlich-rechtliches System des Rundfunks installiert, das die publizistische Macht von Funk und Fernsehen durch die Aufspaltung in einzelne Länderanstalten dezentralisierte und durch den Einbau von Aufsichtsgremien demokratisierte. Stuttgarts Intendant Hans

Mit Krimis und Kickern die Massen der Straße zu dirigieren, das möchte auch Springer. Noch nie zuvor war er diesem Ziel so nahe. Denn neue Techniken werden noch in den siebziger Jahren die Wege zum TV-Konsumenten in deutschen Wohnstuben vervielfachen:

- ▷ Internationale Satelliten werden den Fernsehteilnehmern zusätzliche Programme direkt ins Haus liefern.
- ▷ Die Bundespost hat in dem bisher dem Radar vorbehaltenen Gigahertzbereich neue Fernsehkanäle erschlossen, über die ein Nah-Fernsehen für Ballungsgebiete ausgestrahlt werden kann.
- ▷ Mit neuentwickelten TV-Kabeln können künftig ganze Stadtviertel und Trabantenstädte per Draht mit

Karl-August Springstein, Experte für technische Entwicklungsaufgaben im Hause Springer, über die Zukunft von Zeitung und Television: „Was nützt uns eine hochentwickelte Zeitungstechnik, wenn die Menschen als Konsumenten einfach nur noch rezeptiv sein wollen oder nur noch rezeptiv sein können, weil sie es aus irgendwelchen Umständen heraus sein müssen.“

Um diese Deformation des Menschen hat sich aber just Springer verdient gemacht. Kein anderes Massenblatt der Bundesrepublik hat wie Springers „Bild“ das öffentliche Leben zu knetbaren Klischees eingedampft.

Nichts spricht dafür, daß Springer diesen Journalismus aufgeben würde, wenn zu „Bild“ nun noch der „Bild“-Schirm kommt. Und nichts spricht auch dafür, daß diese Beschränkung auf das sogenannte Unpolitische die politische Gefahr eines Springer-Fernsehens mindern könnte.

Denn erwiesenermaßen werden in Familiensendungen nach Art des „Forellenhofs“ oder der „Familie Schölermann“ ebenso unmerklich wie wirkungsvoll politische Meinungsmuster zum Konsumenten transportiert. Erfahrene Public-Relations-Experten wissen das: Erst jüngst meldete sich bei einer Fernsehanstalt ein Emissär, der nichts weiter anregte, als just in den Familiensendungen einen Unteroffizier zu plazieren, der „nichts weiter als sympathisch“ sein soll.

Solche Schablonisierung könnte sich geradezu verheerend auswirken auf einem audiovisuellen Markt, der sich voraussehbar explosiv öffnen wird: Bildungsfernsehen. Es wird zunehmend wichtiger in einer Zeit, da immer mehr Abiturienten an die Hochschulen drängen und bereits als sicher gilt, daß Schul- wie Hochschulabsolventen in der Spanne ihres Arbeitslebens zwei- oder dreimal den Beruf wechseln müssen.

Für dieses Bildungsgewerbe erscheint ein Ein-Mann-Konzern wie Springer, der seine politische und soziale Ideologie wie ein Dogma in seiner Haus-Satzung verankert, nicht eben prädestiniert. Springer läßt für seine Konsumenten wie für seine Angestellten nur noch die Wahl zwischen charismatischem Verklärungskult (Springer-Aufsichtsrat Christian Kracht: „Springer, das ist Religion“) oder antiaufklärerischem Manchester-Kapitalismus.

Ein Springer-Repräsentant der ersten Garnitur über die verkürzte und deformierte politische Information der Springer-Publikationen: „Was soll's wir brauchen doch auch in Zukunft Schuhmacher und Straßenkehrer.“

Oder anders: Es scheint, als wolle Springer mit den Medien von morgen das Gedankengut von gestern transportieren.



Verleger Springer, Bürgermeister Weichmann: „Bleibt es dabei?“

Bausch: „Eine publizistische Revolution“.

Während Rundfunk- und Verwaltungsräte in den Anstalten darüber wachten, wie und wofür das Geld aus Gebühren- und Werbeeinnahmen ausgegeben wird und so eine Koexistenz zwischen „Panorama“ und „Bonanza“ ermöglichten, organisierte Springer die Konterrevolution. Seit Jahren versucht er, den schon im Bereich der Presse von Politikern und Wissenschaftlern kritisierten „karzinomähnlichen Wucherungsvorgang“ (so der Freiburger Handelsrechtler Professor Fritz Rittner) auch auf das Fernsehen auszudehnen.

Wie sehr die bewegten Bilder den Presse-Lord aus Hamburg bewegen, schilderte er bei einem Hearing in Bonn an Hand eingängiger Beispiele. Springer: „Wissen Sie, beim Durbridge waren in Berlin die Straßen leergefegt. Es war das Ereignis in Berlin.“ Oder: „Die Demonstrationen in Kiel hatten ganz plötzlich bei den jungen Leuten ein Ende, als das Fußballspiel Turin gegen Braunschweig übertragen wurde.“

zusätzlichen Programmen versorgt werden.

- ▷ Ein von amerikanischen und japanischen Firmen entwickeltes Kassettenfernsehen macht es möglich, daß sich TV-Gerätebesitzer nach eigener Wahl und bequem wie eine Schallplatte ganze Abendprogramme — schwarzweiß und bunt — nach Hause tragen können.

Dieser erweiterte Medien-Markt wird auch für Springers Sendungsbewußtsein neuen Spielraum schaffen. Und je größer der Markt wird, um so unerheblicher wird für Springer auch die Frage, ob er sich einen eigenen Satelliten in den Himmel schießt (nach Berechnungen im Springer-Haus ist dies zu kostspielig), ob er weiter nach dem Exklusiv-Recht einer Sendelizenz strebt (die ihm von Bund und Ländern derzeit nicht eingeräumt wird) oder ob er sich in die bestehenden öffentlich-rechtlichen Anstalten einschleicht (wozu ihm die öffentlich-rechtliche Anstalt NDR nun die Steigbügel hält). Fernsehproduktionen werden im TV-Kanalisationssystem der Zukunft so oder so ihre Abnehmer finden.